
Stenographisches Protokoll

43. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 22. Oktober 1991

Stenographisches Protokoll

43. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 22. Oktober 1991

Inhalt

Personalien

Verhinderungen (S. 4119)

Geschäftsbehandlung

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz und Genossen, dem Finanzausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 234/A (E) der Abgeordneten Dr. Schwimmer und Genossen betreffend Verbilligung der Mieten durch echte Mehrwertsteuerbefreiung gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 6. November 1991 zu setzen (S. 4119) — Ablehnung (S. 4119)

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz, dem Finanzausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 236/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1972 geändert wird, gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 6. November 1991 zu setzen (S. 4119)

Durchführung einer kurzen Debatte gemäß § 57a der Geschäftsordnung (S. 4119)

Redner:

Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz (S. 4119),
Dr. Schwimmer (S. 4120),
Eder (S. 4121) und
Dr. Madeleine Petrovic (S. 4122)

Ablehnung des Fristsetzungsantrages (S. 4123)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 4119)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Pirker und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Diensterteilung beim Zollamt Wurzenpaß (Regionalanliegen Nr. 48) (1760/J)

Kiss, Kirchknopf und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Regionalanliegen Nr. 52 — Weiterführung beziehungsweise Wiederherstellung von Nebenbahnlinien im Burgenland (1761/J)

Kiss, Kirchknopf und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Regionalanliegen Nr. 52 — Erhaltung beziehungsweise Wiedererrichtung von Nebenbahnlinien im Burgenland (1762/J)

Mag. Kukacka, Hofer und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Wohnungsbestand im Eigentum der ÖBB (1763/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend Regionalanliegen Nr. 50 — A 9 Pyhrn Autobahn (1764/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz betreffend Regionalanliegen Nr. 51 — Atommülllager Bosruck (1765/J)

Dr. Pirker und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend „Maulkorberlaß“ der Finanzlandesdirektion für Kärnten (1766/J)

Dr. Pirker und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Grenzkontrollstelle Seebergsattel (Regionalanliegen Nr. 49) (1767/J)

Dr. Graff und Genossen an den Bundeskanzler betreffend benutzerfeindliche Kundmachungen im Bundesgesetzblatt (1768/J)

Ing. Gartlehner und Genossen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales betreffend soziale Absicherung der Gewerbetreibenden (1769/J)

Ing. Gartlehner und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend Kosten—Nutzen der Außenhandelsförderungsstellen, inklusive der Inlandsstellen zur Exportförderung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (1770/J)

Ing. Gartlehner und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Forderung nach Abschaffung der Gewerbesteuer und deren Auswirkungen auf die Finanzierung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (1771/J)

Sophie Bauer und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend weiteren Ausbau der Packer Bundesstraße

B 70 im Bereiche von Gaisfeld bis zum Autobahnzubringer Mooskirchen (1772/J)

Sophie Bauer und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Ausgliederung und Privatisierung der Spanischen Reitschule (1773/J)

Parnigoni, Resch und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend „Schönbrunn-Vertrag“ (1774/J)

Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller und Genossen an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie betreffend Anhebung der Altlastensanierungsbeiträge (1775/J)

Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Klarstellungen zum Wasserrechtsgesetz (1776/J)

Eder, Dr. Hilde Hawlicek und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Verkehrsentlastung Floridsdorfs durch die Fertigstellung der B 3 (1777/J)

Resch und Genossen an den Präsidenten des Nationalrates betreffend Energieoptimierung des Parlamentsgebäudes (848-NR/1991)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 30 Minuten

Vorsitzender: Präsident Dr. Fischer.

Präsident: Ich bitte, sich zu beruhigen, damit die 43. Sitzung des Nationalrates eröffnet werden kann. (*Abg. Haigermoser: Wir sind ganz ruhig, Herr Präsident!*) Das ist schön, Herr Abgeordneter. Sie müssen aber auch akustisch unter Beweis stellen, daß Sie ganz ruhig sind.

Die Sitzung ist eröffnet.

Verhindert sind die Abgeordneten Ing. Karl Dittrich, Dkfm. DDr. König, Bayr, Regina Heiß und Kerschbaum.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung;

Antrag 233/A der Abgeordneten Dr. Brünner, Dr. Stippel, Klara Motter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Forschungsorganisationsgesetz geändert wird;

dem Finanzausschuß:

Antrag 234/A (E) der Abgeordneten Dr. Schwimmer und Genossen betreffend Verbilligung der Mieten durch echte Mehrwertsteuerbefreiung,

Antrag 236/A des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1972 geändert wird;

dem Verfassungsausschuß:

Antrag 235/A der Abgeordneten Dr. Gugerbauer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet wird.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen geändert wird (247 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz geändert wird (248 der Beilagen);

dem Budgetausschuß:

Bundesfinanzgesetznovelle 1991 (257 der Beilagen),

Budgetüberschreitungs-gesetz 1991 (258 der Beilagen).

Fristsetzungsanträge

Präsident: Es ist soeben der Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz und Kollegen betreffend Fristsetzung gemäß § 43 Abs. 1 Geschäftsordnungsgesetz, und zwar ein Fristsetzungsantrag zur Berichterstattung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Schwimmer und Kollegen betreffend Verbilligung der Mieten durch echte Mehrwertsteuerbefreiung, eingebracht worden. Es wird in diesem Antrag eine Fristsetzung bis zum 6. November 1991 beantragt.

Eine Debatte zu diesem Antrag ist nicht verlangt worden. Hingegen wird eine Debatte verlangt zu einem zweiten Fristsetzungsantrag, den ich gleich darauf bekanntgeben werde.

Ich lasse daher sogleich über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz und Kollegen, dem Mehrwertsteuer-Initiativantrag der Abgeordneten Dr. Schwimmer und Kollegen eine Frist bis 6. November zu setzen, **a b s t i m m e n** und bitte jene Damen und Herren, die diesem Fristsetzungsantrag zustimmen, um ein Zeichen. (*Abg. Dkfm. Holger Bauer: Was ist, Schwimmer? — Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) — Das ist die **M i n d e r h e i t**. Der Antrag ist daher **a b g e l e h n t**.

Wir gelangen weiters zu einem Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz betreffend Fristsetzung gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung hinsichtlich der Berichterstattung über den Antrag des Abgeordneten Dr. Pawkowicz betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1972 geändert wird. Auch hier wird eine Frist bis 6. November 1991 beantragt.

Kurze Debatte über Fristsetzungsantrag

Präsident: Außerdem wird gemäß § 43 Abs. 3 der Geschäftsordnung von den Antragstellern eine kurze Debatte verlangt. Diesem Verlangen ist stattzugeben. Ich beschränke die Redezeit in dieser kurzen Debatte auf 5 Minuten.

Es wird mir als Redner Herr Abgeordneter Dr. Pawkowicz gemeldet. Er hat das Wort für eine Redezeit von 5 Minuten.

10.34

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Pawkowicz** (FPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz

Wenn ich diesen Fristsetzungsantrag am heutigen Tag und nach der Budgetrede des Finanzministers stelle, dann tue ich das aus zwei Gründen: Der erste Grund ist der, daß die zur Behandlung an den Ausschuß zugewiesenen Anträge, und zwar sowohl der ÖVP-Antrag als auch der freiheitliche Antrag, die die Aufhebung der Mehrwertsteuer auf dem Mietwohnungssektor vorsehen, zweifellos budgetwirksam sind. Es werden daher sehr rasch entsprechende Vorkehrungen zu treffen sein, um den Entfall der Mehrwertsteuer im Budget zu berücksichtigen. Dies könnte, wie etwa die ÖVP angeregt hat, durch einen erhöhten Konsum der von den hohen Mieten dann ja entlasteten Mieter und damit erhöhte Steuereinnahmen erfolgen oder, wie ich vorschlage, durch eine Kürzung der Ermessensausgaben für den Bund bedeckt werden.

Der zweite Grund für diesen Fristsetzungsantrag ist, daß die Bevölkerung der Bundeshauptstadt Wien noch vor den Gemeinderatswahlen am 10. November wissen soll, ob nun die Österreichische Volkspartei ihr Versprechen, die 10prozentige Mehrwertsteuer für Mieten abzuschaffen, einhält oder ob das von der ÖVP in ganz Wien plakatierte Vorhaben „Wir senken die Mieten um 10 Prozent – Wohnen ohne Mehrwertsteuer“ und der heute von ihr eingebrachte Antrag – wie viele Wienerinnen und Wiener vermuten, was ich aber nicht unterstellen will – in Wahrheit eine plumpe Wählertäuschung und ein plumper Wahlbetrug sein sollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie schon gesagt, meine Damen und Herren, ich will das nicht unterstellen *(Abg. Dkfm. Holger Bauer: Warum nicht?)*, denn immerhin ist der „Wille der Wiener“ nicht nur Rechtsanwalt, sondern auch der verlängerte Arm des Dr. Busek in Wien. Und wieso, frage ich, sollten die beiden mit den geplagten Wiener Wohnungsmietern solche geschmacklosen Späße treiben wollen?

Also, habe ich mir gedacht, schauen wir uns noch vor den Wiener Wahlen an, was da dran ist. Wir wollen daher die Anträge nicht in irgendeinem Ausschuß „beerdigt“ wissen, sondern es soll tatsächlich bis 5. November – das ist die Fristsetzung – zu einer Abstimmung darüber kommen.

Meine Damen und Herren! Die Wohnungs- und Mietensituation in Wien ist schlimm genug. Durch die verfehlte Politik der sozialistischen Koalitionsregierung ist es ja gerade in Wien zu einer dramatischen Mieten- und Wohnungssituation gekommen. Wohnen ist ja vor allem für Junge und für sozial Schwächere fast unerschwinglich geworden. Mehr als 20 000 Wienerinnen und Wiener sind für Gemeindewohnungen vorge-merkt, dazu kommen Tausende und Abertausende in Wien lebende Gastarbeiter in Substandardwohnungen, und gar nicht zu reden von etwa 100 000 illegal in Wien lebenden Ausländern, die

unter anderem durch üble Geschäftemacher und durch verantwortungslose Politiker hierhergelockt und jetzt auch noch ausgenützt werden.

Ein Wegfall der Umsatzsteuer auf Mieten, meine Damen und Herren, würde im Fall einer echten Umsatzsteuerbefreiung zu einer merklichen Senkung der Mieten führen und könnte so ein erster Schritt in die richtige Richtung sein.

Wie auch immer, die Bürger in Wien wollen jetzt wissen, wie sie dran sind, und wir Freiheitlichen geben der Österreichischen Volkspartei in Wien die Chance, sich aus der Umklammerung der Sozialisten zu lösen und unserem Antrag, aber auch ihrem eigenen Antrag, der ja auch in ganz Wien plakatiert wurde, zuzustimmen, und zwar noch vor den Wiener Wahlen zuzustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die 33 freiheitlichen Mandate und die 60 ÖVP-Stimmen sind die Mehrheit in diesem Lande und können zu billigeren Mieten in Wien und in ganz Österreich führen, können das bewirken, was wir uns gemeinsam vorstellen. Stimmen Sie daher, meine Damen und Herren – auch Sie von der Österreichischen Volkspartei –, unserem Fristsetzungsantrag zu! Machen wir damit das Wohnen in Österreich billiger – und zwar sofort! *(Beifall bei der FPÖ.) 10.39*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer. Redezeit: 5 Minuten.

10.39

Abgeordneter Dr. **Schwimmer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz hat einen Antrag von einem ÖVP-Wahlplakat abgeschrieben und ganz alleine hier im Hause einbringen müssen. Man könnte jetzt der Meinung sein, den anderen Freiheitlichen war ursprünglich dieser Gag doch zu billig, sie wollten nicht mitgehen und wurden erst durch den Klubzwang dazu gezwungen. *(Beifall bei der ÖVP. – Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)* Aber ich gebe zu, das mit der Unterstützungsfrage war ein Gag, vielleicht sogar ein gelungener Gag.

Weil sich Herr Abgeordneter Pawkowicz nicht von einer Brücke zu springen traut, macht er als Gag halt eine Abschreibübung – Pawkowicz auf die Schulbank!, könnte man frei nach den freiheitlichen Wahlplakaten sagen – und schreibt einen ÖVP-Antrag ab. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Er gibt damit ganz offen zu: Dieses Anliegen ist kein freiheitliches Anliegen, dieses Anliegen, eine echte Mehrwertsteuerbefreiung bei Mieten durchzuführen, ist ein ÖVP-Anliegen! *(Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Er kann es nur von den ÖVP-Wahlplakaten abschreiben – auch wenn Sie noch so laut schreien –, Sie geben es ja in Ihrem Antrag selbst zu. Pawkowicz begründet

Dr. Schwimmer

seinen Antrag damit, die Wiener Volkspartei habe plakatiert, sie werde durch Aufhebung der Mehrwertsteuer auf Wohnungen die Mieten um 10 Prozent senken. (*Beifall bei der FPÖ.*) Danke für Ihren Applaus. Sie geben also zu, Ihnen geht es nicht um die Sache, Ihnen geht es ausschließlich um den Gag. Den Gag haben Sie gehabt.

Mir geht es um die Sache, denn die Bundesregierung legte in ihrem Arbeitsübereinkommen fest: „Es gilt, die Erschwinglichkeit der Wohnungen, insbesondere für einkommensschwächere Gruppen, (wieder) zu gewährleisten. Um diese Probleme zu lösen, sind alle zu Gebote stehenden Maßnahmen auszuschöpfen.“

Neben wohnbaupolitischen Maßnahmen muß man das Angebot an Wohnungen vermehren, um Wohnungen wieder erschwinglich zu machen, und neben mietrechtlichen Maßnahmen, die wir im Arbeitsübereinkommen vorhaben (*Abg. Dr. Helene Partik - Pablé: Warum beschließen wir es jetzt nicht? Machen wir es gemeinsam!*), stellt eine echte Befreiung der Mieten von der Mehrwertsteuer eine solche geeignete Maßnahme zur Begrenzung der Mietenentwicklung dar. (*Abg. Dr. Helene Partik - Pablé: Machen wir es gemeinsam und jetzt!*) Frau Abgeordnete Partik-Pablé! Schreien Sie nicht so laut, Sie haben Ihre Meinung schon so oft geändert in diesem Haus — das wissen alle, die schon so lange da sind wie Sie —, daß Sie wirklich keinen Grund haben, sich so laut zu Wort zu melden.

Wenn ich mir Ihren Antrag anschau — jetzt lese ich den Bedeckungsvorschlag des Herrn Abgeordneten Pawkowicz vor —, muß ich feststellen: Das ist eine Scherzerklärung! Sie wollen gar nicht, daß Ihr Antrag beschlossen wird, denn Ihr Bedeckungsvorschlag lautet: Der durch diese Maßnahme entstehende Einnahmenentfall könnte zum einen durch erhöhten Konsum und durch die damit verbundenen höheren Steuereinnahmen, zum anderen durch eine Kürzung der Ermessensausgaben des Bundes bedeckt werden. — Das ist Blabla, das ist gar nichts! Das ist eine Scherzerklärung, Herr Abgeordneter Pawkowicz! (*Beifall bei der ÖVP. — Heiterkeit bei der FPÖ.*) Sie wollen Ihren Antrag gar nicht beschlossen haben! (*Abg. Dkfm. Holger Bauer: Das ist Ihr Antrag! — Anhaltende Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Mir geht es um die Sache. Herr Abgeordneter Pawkowicz! Warten Sie, hören Sie mir einmal zu! Sie sind mit Ihrem Antrag auch in diesem Hause nur nachgestolpert. So wie Sie Ihrem Vorgänger als Parteiboss, dem Hirnschall, als Spitzenkandidat in Wien nachstolpern müssen, sind Sie auch hier nachgestolpert (*Abg. Dkfm. Holger Bauer: Das ist Ihr eigener Antragstext!*), denn vor Ihnen — Moment! — haben die Abgeordneten Dr. Schwimmer, Steinbauer und Kollegen ei-

nen Antrag auf Verbilligung der Mieten durch echte Mehrwertsteuerbefreiung eingebracht.

Wir werden das dort beraten, wo es hingehört, wir werden das in die Beratungen über die zweite Etappe der Steuerreform einbeziehen, denn wegen des grundsätzlichen sozialen Anliegens und wegen der finanzpolitischen Auswirkungen ist das in diesem Haus ernsthaft — nicht mit Gags — und gründlich zu beraten. Wir werden das im Rahmen der zweiten Etappe der Steuerreform durchsetzen.

Der Gag, diese Abschreibübung des Herrn Pawkowicz, der sich auf die Schulbank zurückgegeben hat, ist keine ernsthafte Auseinandersetzung und daher auch keiner Fristsetzung wert. Die Fristsetzung für diesen Gag werden wir ablehnen! (*Beifall bei der ÖVP.*) 10.44

Präsident: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Eder. Redezeit: 5 Minuten. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Bitte, es ist kaum verständlich, was an klugen Zwischenrufen alles gesagt wird. (*Heiterkeit.*) Bitte, Kollege.

10.44

Abgeordneter Eder (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es freut mich an und für sich, daß die Wiener ÖVP ausgerechnet drei Wochen vor der Wiener Gemeinderatswahl zumindest einmal plakativ den Stein der Weisen gefunden hat, mit dem wir die Wohnprobleme — anscheinend die Wahlprobleme der ÖVP — der Österreicherinnen und Österreicher ein für allemal lösen könnten. Es muß aber tatsächlich das inspirative Klima des zu erwartenden Wahlerfolges bei der Wiener Gemeinderatswahl sein, das die ÖVP zu solchen geistigen Höhenflügen bewogen hat. (*Abg. Probst: Sie wird damit die absolute Mehrheit gewinnen!*)

Wir Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, versuchen nämlich mit Nachdruck, wie im Koalitionsabkommen vereinbart, eine zukünftige Wohnungsnot, wie sie in anderen konservativ regierten Ländern herrscht, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

In erster Linie war es für uns wichtig, die Öffentlichkeit für das Thema „neue Wohnungsnot“ zu sensibilisieren, und ich kann heute von einem Erfolg sprechen, wenn sich sogar schon die Wahlkampfstrategen der Freiheitlichen Partei und der Österreichischen Volkspartei damit beschäftigen.

Auf politischer Ebene verhandeln wir ohnehin in Permanenz, um im wesentlichen zwei Entwicklungen in den Griff zu bekommen: erstens die überproportional steigenden Mietkosten, die sich bald keiner mehr leisten kann — und hier wird eine klare Begrenzung der Mieten in allen Kategorien nach oben notwendig sein —, und zweitens

Eder

das zunehmende Problem, auf dem Wohnungsmarkt überhaupt eine Wohnung zu finden. Auch hier werden wir von den Ländern mehr Wohnungsneubau verlangen müssen, und wir werden uns auch von der Bundesseite her überlegen müssen, wie wir möglichst mehr Vielfalt bei der Neubaufinanzierung kreieren könnten.

Aber ich muß offen zugeben, so etwas „Intelligentes“ wie der Wiener ÖVP oder der FPÖ ist uns eigentlich noch nicht eingefallen. (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*) Ich muß aber gleich hinzufügen, meine Damen und Herren: Das löst kein einziges Problem! Das löst überhaupt kein Problem — Sie, Herr Meischberger, haben während Ihrer ganzen Karriere überhaupt noch kein Problem gelöst; das möchte ich hier auch einmal deutlich sagen (*Beifall bei der SPÖ*) —, denn das wesentliche Problem ist und bleibt der eklatante Mangel an Wohnungen, der aufgrund verschiedener gesellschaftlicher Prozesse entstanden ist und sich auch noch in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

Hier steht gar nicht so sehr die zunehmende Anzahl ausländischer Zuwanderer und Asylanten im Vordergrund, wie das Herr Pawkowicz so gerne sagt und auf seinen Plakaten plakatiert, sondern die Veränderungen innerhalb der österreichischen Bevölkerung: Jugendliche ziehen heute wesentlich früher aus ihren Elternhäusern aus und versuchen, einen eigenen Haushalt zu gründen. Im Sinne der Mobilität im Beruf und bei der Berufsausbildung ist diese Toleranz auch zu begrüßen. Zusätzlich ist der Anspruch an die Größe der Wohnungen gestiegen, meine Damen und Herren, und durch die Zusammenlegungen mehrerer Wohneinheiten zu jeweils einer wird die Anzahl der Wohnungen im Altbau reduziert. Eine weitere Verschärfung ergibt sich aus der Tatsache — das wurde in den letzten Wochen auch in den Medien publiziert —, daß zirka ein Drittel aller Ehen geschieden wird. Auch das hat natürlich wohnungspolitische Folgen.

Vor allem junge Familien suchen in Österreich auf einem enger werdenden Markt nach einer Wohnung, und die Wiener ÖVP, getrieben von der FPÖ, sagt all diesen Leuten ins Gesicht: Wenn du eine Wohnung hättest, würden wir deine Miete um 10 Prozent senken! — Ja was heißt denn das, meine Damen und Herren!?

Eine tatsächliche Hilfe für die Wohnungssuchenden und für die Mieter ist einzig und allein dadurch zu erreichen, daß das vorhandene Angebot an Wohnungen entscheidend verbessert wird. Das entspricht einem marktkonformen Verhalten, und das hätte ich mir gerade von Parteien, die sich gerne als wirtschaftsnahe sehen wollen, erwartet.

ÖVP und FPÖ zaudern immer wieder bei unserer Forderung nach durchgängigen Obergrenzen für Mieten, denn auch diese Frage ist nicht dadurch zu lösen, daß wir jedem minus 10 Prozent versprechen, sondern wir müssen zu gerechten Mieten kommen. (*Abg. Dr. Schwimmer: Kollege Eder! Wer hat das aufgeschrieben?*)

Das Ablöseunwesen, Herr Kollege Schwimmer, sollten Sie bekämpfen (*Beifall bei der SPÖ*), denn durch die Ablösen gehen die Steuergelder verloren, durch die Ablösen werden die Wohnungen verteuert!

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der FPÖ — wie auch jener der ÖVP — enthält darüber hinaus natürlich auch eine Reihe von unsozialen Komponenten, denn durch ihr Modell würden die teuren Mieten in teuren Wohnungen von Gutverdienenden am meisten gesenkt werden, und das halten wir für falsch. Dieser Antrag ist sowohl steuertechnisch als auch verfassungsrechtlich und auch in Richtung EG äußerst bedenklich und in dieser Form eher ein Nachteil als ein Vorteil für Mieter, vor allem aber ein Nachteil für die Wohnungssuchenden! Daher werden wir dem keine Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*) 10.50

Präsident: Als nächste gelangt Frau Abgeordnete Dr. Petrovic zu Wort. 5 Minuten.

10.50

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine offensichtlich nicht ganz ernst gemeinte, nur aus der Not des Wahlkampfes geborene Forderung der ÖVP, die inhaltlich nicht sonderlich klug ist, wird auch dadurch nicht besser, daß sie jetzt — ebenfalls nur aus wahltaktischen Gründen — von einer zweiten Partei unterstützt wird.

Das Problem unserer Mieten und der Mietzinsgestaltung ist keineswegs ein Problem der Umsatzsteuer. Man sollte nicht versuchen, das in diesen Bereich zu drängen, denn wenn man sich die Größenordnung, in der sich das Mietniveau gerade in Wien mittlerweile „angemessenerweise“ eingependelt hat, anschaut, sieht man, was 10 Prozent auf oder ab ausmachen.

200 S pro Quadratmeter sind mittlerweile „angemessen“ für Wohnungen, die einen ganz normalen, zeitgemäßen Standard aufweisen. 200 S pro Quadratmeter! In besseren Lagen sogar mehr: Bis zu 300 S pro Quadratmeter. Die SPÖ hat dieser „angemessenen“ Mietzinsbildung genauso ihre Zustimmung erteilt wie die ÖVP. Sie war nicht der Garant dafür, daß es in Wien, in Österreich Mieten gibt, die dem Einkommensniveau angemessen sind. Die Mieten sind mittlerweile nur mehr den Profiterwartungen der SpekulantInnen angemessen.

Dr. Madeleine Petrovic

Abgeordneter Eder hat im Zusammenhang mit der Bodenspekulation gemeint, es gebe irgendwelche dunklen Prozesse. Ich frage: Wer hat denn diese dunklen Prozesse zu vertreten? Wer hat denn bislang nichts geändert, daß das Recht gegen Spekulanten, das es auf dem Papier gibt, bisher totes Recht geblieben ist? — Es wird keine einzige Strafe gegen Spekulanten verhängt. Es gibt Wiederholungstäter, die den Mietern die Versorgungsleitungen abdrehen, die echte Schikanen ausüben — und nichts passiert, gar nichts passiert! Die Mieten steigen weiter! Und mittlerweile wird über die Angemessenheit in allen Kategorien diskutiert.

Wir treten dafür ein, daß man jetzt nicht ein Scheinproblem in den Vordergrund stellt, daß man nicht über Mehrwertsteuersätze redet, sondern wirklich über Mieten, die dem Einkommensniveau und auch den Leistungen, die geboten werden, angemessen sind. Das bedeutet eine strenge betragsmäßige Beschränkung in allen Kategorien — von den Substandardwohnungen bis hin zu den sogenannten Kategorie-A-Wohnungen —, betragsmäßig limitiert und an die Kosten gebunden, wie sie beispielsweise im geförderten Wohnbau verlangt werden. Keinen Schilling mehr!

Noch etwas: Sie haben gesagt, es gebe einen eklatanten Mangel an erschwinglichem Wohnraum. Sie könnten sofort einen sehr großen Beitrag dazu leisten, daß dieser Mangel für die sozial Schwachen etwas geringer wird: Wenn endlich darauf Wert gelegt würde, daß soziale Wohnungen — sprich Gemeindewohnungen, Genossenschaftswohnungen und alle Wohnungen, die mit erheblichem öffentlichem Mittelaufwand saniert wurden — nach streng sozialen Kriterien vergeben werden, dann würde die Situation für die sozial Schwachen gerade hier in Wien schon anders sein. Sie wissen aber genausogut wie ich — das wissen eigentlich alle —, daß diese Wohnungen nach wie vor leider Gottes eher nach Parteibuchkriterien als nach sozialen Kriterien vergeben

werden. *(Beifall bei den Grünen.)* Und dagegen muß man sich in aller Form aussprechen!

Es gibt in Wien etwa 800 000 Wohnungen, und mehr als die Hälfte davon sind im Einflußbereich der öffentlichen Hand. Ein gut Teil dieser Wohnungen wird jedes Jahr frei und könnte nach sozialen Kriterien vergeben werden.

Ich fordere Sie auf, hier sofort und noch in diesem Wahlkampf zu erklären, daß Sie eine soziale Vergabebilanz in Hinkunft lückenlos einhalten werden! *(Beifall bei den Grünen.)*

Sie wissen, daß ich im übrigen der Meinung bin, daß Tierversuche aufgrund ihrer verheerenden Auswirkungen auf Menschen und Mitwelt abzuschaffen sind. *(Beifall bei den Grünen.)* 10.54

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, daher ist die Debatte geschlossen.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Antrag, dem Finanzausschuß zur Berichterstattung über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz und Kollegen betreffend Novellierung des Umsatzsteuergesetzes eine Frist bis 6. November 1991 zu setzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz ihre Zustimmung erteilen, um ein Zeichen. — Das ist die **M i n d e r h e i t**. Der Antrag ist daher **a b g e l e h n t**.

Ich darf bekanntgeben, daß in dieser Sitzung des Nationalrates die Anfragen 1760/J bis 1777/J und die Anfrage 848 an den Präsidenten eingelangt sind.

Die **n ä c h s t e** Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 12. November 1991, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Für diese Sitzung ist keine Fragestunde geplant.

Die jetzige Sitzung ist **g e s c h l o s s e n**.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 56 Minuten